

Öffentliche Bekanntmachung

Es findet eine Sitzung des Orsrates Schwarzenbach am Montag, 08.06.2026 um 17:30 Uhr, CJD, Konferenzraum 1, Einöder Straße 80, 66424 Homburg statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung der Sitzung
- 2) Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 15.01.2026
- 3) Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 26.01.2026
- 4) Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 09.03.2026
- 5) Mittelanmeldung für den Haushalt 2027 des Orsrates Schwarzenbach
- 6) Antrag der SPD-Fraktion: Lärmschutzmaßnahmen zwischen der Autobahn A8 sowie der Bahntrasse und den anliegenden Grundstücken in Schwarzenbach
- 7) Antrag der SPD-Fraktion: Hitzeschutz auf den Spielplätzen in Schwarzenbach
- 8) Unterrichtungen
 - 8.1) Bestandsaufnahme der Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum
- 9) Allgemeine Unterrichtungen

Nichtöffentlicher Teil

- 10) Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 15.01.2026
- 11) Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 26.01.2026
- 12) Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 09.03.2026
- 13) Grundstücksverkauf in der Gemarkung Beeden-Schwarzenbach
- 14) Allgemeine Unterrichtungen

2026/0248/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Patrick Riehmer



Mittelanmeldung für den Haushalt 2027 des Orsrates Schwarzenbach

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Schwarzenbach (Entscheidung)	08.06.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat bittet die Verwaltung um Prüfung, ob die nachfolgenden Vorschläge für das Haushaltsjahr 2027 umsetzbar sind:

- a)
- b)
- c)

Sachverhalt

Bis Mitte Juli werden die Fachämter und Fachabteilungen gebeten, die Mittelanmeldungen bei der Kämmerei einzureichen. Damit die Vorschläge der Ortsräte in der Haushaltsansatzplanung berücksichtigt werden können, müssen diese formuliert und als Prüfauftrag beschlossen werden. Das Hauptamt leitet diese Prüfaufträge an die Fachämter und Fachabteilungen weiter. Diese prüfen die Umsetzbarkeit der Vorschläge, ermitteln die Kosten und lassen sie in die Mittelansatzplanungen (laufende Verwaltung beziehungsweise investive Maßnahmen) einfließen.

Die Fachämter und Fachabteilungen können nach der Haushaltsklausurtagung zu den Beschlüssen Stellung nehmen, indem sie die Ortsräte darüber informieren, in welchem Haushaltsjahr Haushaltsmittel veranschlagt sind und wann gegebenenfalls eine Umsetzung der Maßnahme erfolgen kann.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

Keine

2026/0296/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: SPD-Fraktion



Antrag der SPD-Fraktion: Lärmschutzmaßnahmen zwischen der Autobahn A8 sowie der Bahntrasse und den anliegenden Grundstücken in Schwarzenbach

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Schwarzenbach (Entscheidung)	08.06.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat bittet die Stadtverwaltung um Prüfung, ob eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden kann, um Lärmschutzmaßnahmen zwischen der Autobahn A8 sowie der Bahntrasse und den anliegenden Grundstücken in Schwarzenbach zu prüfen.

Sachverhalt

siehe Antrag der SPD-Fraktion.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

- 1 Antrag SPD - Machbarkeitsstudie (öffentlich)



SPD Fraktion Ortsrat Schwarzenbach
Otwin Neumann, Reinhild El Saadi

Antrag der SPD-Fraktion im Schwarzenbacher Ortsrat zu Lärmschutzmaßnahmen zwischen der Autobahn A8 sowie der Bahntrasse und den anliegenden Grundstücken in Schwarzenbach

Begründung:

Mit Beginn der Rodungsarbeiten zur Vorbereitung der Reaktivierung der Bahnlinie Homburg-Zweibrücken - ein mehrere Meter breiter Streifen - zeigt sich, dass durch den Wegfall des ehemals dort befindlichen Wäldchens eine erhebliche Lärmbelästigung der o. a. Grundstücke wie in gesamt Schwarzenbach durch den Verkehrslärm der Autobahn A8 zu verzeichnen ist. Es zeigt sich, dass die Bewaldung in diesem Bereich einen erheblichen Teil des Verkehrslärms geschluckt hat. Die Anwohner dort und in vielen Bereichen von Schwarzenbach sind bereits jetzt schon einer erheblichen Emissions- und Lärmbelastung durch die B423 ausgesetzt. Es wäre wünschenswert, wenn es nicht zu einer Doppelbelastung kommen würde. Von Bürgern sind bereits Befürchtungen in dieser Richtung geäußert worden.

Die Stadt Homburg sollte eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben, mit welchen Maßnahmen der Lärm reduziert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

2026/0297/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: SPD-Fraktion



Antrag der SPD-Fraktion: Hitzeschutz auf den Spielplätzen in Schwarzenbach

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Schwarzenbach (Entscheidung)	08.06.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat bittet die Stadtverwaltung um Prüfung, ob an den beiden Spielplätzen in Schwarzenbach Maßnahmen zum Sonnen- und Hitzeschutz umgesetzt werden können. Hierzu bittet der Ortsrat die Verwaltung um einen Vor-Ort-Termin, um geeignete Maßnahmen zu besprechen.

Sachverhalt

siehe Antrag der SPD-Fraktion.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

- 1 Antrag SPD - Hitzeschutz (öffentlich)



SPD Fraktion Ortsrat Schwarzenbach
Otwin Neumann, Reinhild El Saadi

Antrag zum Thema Hitzeschutz auf den beiden Spielplätzen in Schwarzenbach.

Begründung:

Hitze ist das größte durch die Klimakrise bedingte Gesundheitsrisiko in Deutschland. Hitzewellen werden in Zukunft häufiger, intensiver und halten länger an. Weiterhin ist es bereits jetzt zu einer höheren UV- Belastung gekommen.

Vor allem Kinder gehören zu dem gefährdeten Personenkreis
Beide Spielplätze, in Schwarzenbach (Am Anger und Spielplatz zwischen Erikastraße und Wachholderweg) sind nahezu den ganzen Tag der Sonne ausgesetzt, so dass ein Besuch mit erheblichen Gesundheitsrisiken verbunden ist.

Es sollten daher Maßnahmen zum Hitzeschutz überprüft werden.
Hierzu möchten wir vor Ort eine Begehung mit Vertretern der Stadt durchführen, um entsprechende Maßnahmen zu besprechen.

Mit freundlichen Grüßen

2026/0289/100

öffentlich

Informationsvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Die Ortsvorsteherin/Der Ortsvorsteher



Bestandsaufnahme der Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Einöd (Kenntnisnahme)	28.05.2026	Ö
Ortsrat Erbach (Kenntnisnahme)	28.05.2026	Ö
Ortsrat Wörschweiler (Kenntnisnahme)	01.06.2026	Ö
Ortsrat Bruchhof-Sanddorf (Kenntnisnahme)	01.06.2026	Ö
Ortsrat Kirrberg (Kenntnisnahme)	02.06.2026	Ö
Ortsrat Beeden (Kenntnisnahme)	02.06.2026	Ö
Ortsrat Jägersburg (Kenntnisnahme)	03.06.2026	Ö
Ortsrat Reiskirchen (Kenntnisnahme)	03.06.2026	Ö
Ortsrat Schwarzenbach (Kenntnisnahme)	08.06.2026	Ö
Ortsrat Homburg (Kenntnisnahme)	08.06.2026	Ö

Sachverhalt

In seiner Sitzung vom 26. März 2026 hat der Stadtrat auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, dass die Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum überprüft werden soll, um schlecht beleuchtete Wege oder Plätze zu erfassen. Ebenfalls beschlossen wurde die Einbeziehung aller Ortsräte, da diese am besten wissen, welche Stellen in ihrem Gemeindebezirk schlecht oder unzureichend beleuchtet sind und dementsprechend einer Verbesserung bedürfen.

Gemäß § 73 Absatz 2 Satz 3 KSVG soll der Ortsrat zu denjenigen Fragen Stellung nehmen, die ihm vom Gemeinderat, einem Ausschuss oder vom Oberbürgermeister vorgelegt werden.

Die Ortsräte werden daher gebeten, bis zur nächsten Sitzungsrunde Ende August 2026 die schlecht beleuchtete Wege und Plätze in ihrem Gemeindebezirk zu erfassen und der Verwaltung mitzuteilen.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

- 1 Niederschriftsauszug SR 26.03.2026 (öffentlich)



Beschlussauszug

Sitzung des Stadtrates vom 26.03.2026

Öffentlicher Teil

Top 5 Antrag der SPD-Fraktion: Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum – Dunkle Wege und Plätze erfassen und Beleuchtung verbessern

RM Lohel erklärt, die Bürger fühlten sich unsicher, insbesondere gehe es um Frauen, ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen. Sicherheit im öffentlichen Raum sei Grundvoraussetzung für Teilhabe, Freiheit und Lebensqualität. Gerade im Umfeld des Bahnhofes sei das ein Problem. Hier gebe es zahlreiche Defizite. Solche Mängel ließen sich in allen Stadtteilen finden. Der Ortsvorsteher von Einöd habe bereits dunkle Orte gemeldet. Alle Ortsräte würden sich schon länger mit der Thematik beschäftigen. Man schlage daher ein systematisches Vorgehen vor. Auch dort, wo die Zuständigkeiten beispielsweise bei der Deutschen Bahn lägen, solle die Stadt Verbesserungen einfordern. Sicherheit im öffentlichen Raum betreffe insbesondere Frauen. Daher habe man den Antrag bewusst im März, im Monat des Internationalen Frauentages, eingebracht. Niemand solle sich in Homburg unsicher fühlen müssen, weil es zu dunkel sei.

RM Christine Maurer erklärt, dass Frauen sich nicht gehört fühlten. Diese würden unsichtbar gemacht. Auf der Homepage der Stadt gebe es auf Fotos eine Überzahl von Männern.

RM Stolz-Fernandez erklärt, der Weltfrauentag sei zwar am 08. März, Gleichberechtigung müsse allerdings das ganze Jahr über stattfinden. Hierbei sei die Sicherheit ein zentraler Teil von Gleichberechtigung. Sicherheit sei kein Privileg, sondern ein Grundrecht. Männer würden sich kaum Gedanken um Sicherheit machen, für Frauen gehörten Gedanken hieran allerdings zum Alltag. Straßenlampen seien defekt und Parkplätze und Wege dunkel. Man habe sich die politische Teilhabe und die Gleichberechtigung erkämpft und müsse diese aktiv weiter gestalten. Auf kommunaler Ebene müsse man alles so gestalten, dass sich jeder sicher fühlen könne. Es gehe nicht nur um Symbolpolitik, sondern um konkrete Verbesserungen im Alltag der Menschen in Homburg.

Der Bürgermeister erklärt, es gehe um die Sicherheit aller Menschen. Die Stadt Homburg sei Mitglied in der LEG. Mit der Thematik müsse man sich intensiv beschäftigen. Gemeinsam mit dem Beigeordneten Fuchs müsse man sich Gedanken ma-

chen.

RM Rippel sagt, Sicherheit sei ein Menschenrecht und gehe alle an. Sicherlich betreffe diese Problematik mehr Frauen als Männer. Homburg sei allerdings kein Hotspot diesbezüglich. Da es um das gesamte Stadtgebiet gehe, müsse man die Ortsräte mit einbinden. Subjektive Sicherheit bedeute auch Sauberkeit. Er hätte gern wieder den Trupp „Saubere Stadt“ des Baubetriebshofes. Man müsse den Kommunalen Ordnungsdienst weiter stärken. Die Umstellung der Beleuchtung auf LED sei wichtig gewesen. Auch auf dem Gelände der Uniklinik sei es hinsichtlich der Beleuchtung problematisch. Hier müsse man mit dem Land in Gespräche treten.

RM Spaniol berichtet, dass die Stadt stark nachgerüstet habe. Man müsse für eine bessere Ausleuchtung sorgen. Man brauche ein Konzept, wie Leute sich an Orten im öffentlichen Raum sicherer fühlen können. An diesen dunklen Stellen seien sogenannte Angsträume entstanden, die man nicht mehr aufsuche. Es gehe nicht nur um die Beleuchtung. Insgesamt gehe es hierbei um das Thema Stadtentwicklung. Man solle diesen Antrag in die Ortsräte verweisen und Lösungen finden.

RM Loew sagt, es handele sich um eine Mammutaufgabe für die Verwaltung. Daher unterstütze er ausdrücklich eine Verweisung in die Ortsräte. Maßnahmen, die geeignet seien, die öffentliche Sicherheit zu verbessern, würde man grundsätzlich unterstützen.

RM Eckardt sagt, man dürfe dieses Thema nicht zugunsten eigener Interessen ausschlagen.

RM Bruch sagt, man dürfe das Thema nicht kleinreden. Man müsse dies weiter in den Ortsräten und dem Ausschuss bearbeiten. Diese Thematik betreffe nicht bloß die Innenstadt.

RM Uhl erklärt, dass die Ortsräte die dunklen Orte und auch die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger, die bei übermäßiger Beleuchtung kämen, kennen würden. Beispielsweise sei die Beleuchtung am Zebrastreifen in der Steinbachstraße bereits länger defekt.

RM Piazzolo findet, man müsse hier die Menschen fragen, die vor Ort seien. Diese würden ihren Ort am besten kennen. Vulnerable Gruppen seien am stärksten betroffen. Hier müsse man eine Priorisierung vornehmen.

RM Eckhardt berichtet, dass der Ortsrat Homburg schon öfter Anträge bezüglich nicht funktionierender Lampen gestellt habe.

RM Kaya-Karadag findet es gut, dass das Thema positiv begleitet würde. Man sei auf einer höheren Ebene, als wenn dieses Thema nur in den Ortsräten besprochen würde und habe so eine größere Reichweite. Man wisse, dass es in der Stadt dunkel sei. Dies betreffe die gesamte Stadt. Man müsse das Thema also größer aufziehen. Sie sei enttäuscht, dass sich der Beigeordnete für Sicherheit nicht zu dem Thema geäußert habe.

RM Rippel findet, ein Wortbeitrag vom Beigeordneten Fuchs sei nicht unbedingt erforderlich. Er selbst spreche schließlich für die gesamte Fraktion. Man werde RM Fuchs natürlich einbinden.

RM Conigliaro sagt, er sei erfreut, dass die Zustimmung groß sei. Man wolle dem Vorschlag folgen und mit dem Antrag eine Runde durch die Ortsräte drehen.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung unter Einbeziehung aller Ortsräte

1. Eine Bestandsaufnahme der Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum vorzulegen und insbesondere schlecht oder unzureichend beleuchtete Wege, Plätze und Aufenthaltsbereiche im Stadtgebiet systematisch zu erfassen.

2. Dabei insbesondere Bereiche mit hohem Publikumsverkehr zu berücksichtigen, unter anderem:

- das Bahnhofsumfeld
- Wege zu Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs
- Unterführungen, Fußwege und Parkanlagen, Park- und Aufenthaltsflächen
- öffentliche Plätze

sowie

3. Auf Grundlage dieser Bestandsaufnahme dem Stadtrat ein konkretes Maßnahmenkonzept zur Verbesserung der Beleuchtung vorzulegen. Dieses soll Prioritäten, Zeitplan sowie eine Kostenschätzung enthalten.

4. Im Rahmen dieses Konzepts insbesondere zu prüfen, in welchen Bereichen eine Nachrüstung oder Verbesserung der Beleuchtung mit moderner, energieeffizienter LED-Technik zeitnah umgesetzt werden kann.

5. Dort, wo Flächen nicht in der originären Zuständigkeit der Stadt liegen – insbesondere im Verantwortungsbereich der Deutschen Bahn – gegenüber den zuständigen Stellen konkrete Verbesserungen der Beleuchtung einzufordern und sich nachdrücklich für eine zeitnahe Umsetzung einzusetzen.

6. Dem Stadtrat zeitnah über die Ergebnisse der Bestandsaufnahme sowie über die vorgesehenen Maßnahmen zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Auszug entspricht dem Inhalt der Beratung.

Homburg, den 18. Mai 2026

Kreisstadt Homburg
Der Oberbürgermeister

